

009. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 10.03.2010

Rede von MdL Horst Wehner zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD in Drs 5/1517 „Keine Haushaltskonsolidierung auf Kosten von Kindern und Jugendlichen oder in anderen sozialen Bereichen“

Auszug Protokollmitschrift

Sehr geehrter Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Schreiber, ich hätte mir gewünscht, Sie hätten heute Stärke bewiesen und die Dinge wiederholt, die Sie in Ihrer eigenen Fraktion gesagt haben. Sie haben sich wirklich sehr gut erziehen lassen. Das ist sehr, sehr schade.

(Beifall bei der Linksfraktion, der SPD und den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Wo ist er denn?

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Er hat keine Zeit! Es interessiert ihn nicht!)

- Okay, er muss mir nicht direkt zuhören. Er bekommt das nebenbei mit. Frau Herrmann, ich glaube, Sie bekommen eine Antwort auf Ihre Frage nach dem Konzept. Es ist schon bemerkenswert, es geht nicht allein um Sperre, sondern wir haben es auch mit inhaltlichen Fragen zu tun. In der Staatsregierung wird die Ansicht vertreten, dass der Aufbau der Freien Wohlfahrtspflege im Freistaat Sachsen abgeschlossen sei und deshalb die Förderung in den nächsten Haushaltsjahren eingestellt werden könne. 2011/2012 könne sie reduziert werden und ab 2013 wäre sie gar nicht mehr erforderlich.

Herr Ministerpräsident, wo sind Sie denn jetzt?

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Er sitzt immer woanders! - Klaus Bartl, Linksfraktion: Weil er auf der Flucht ist! - Heiterkeit bei der Linksfraktion)

Der Sächsische Landtag hat es mit der Mehrheit der Opposition geschafft, Sie in den Saal zu bitten. Ich denke, Sie sollten die Gelegenheit nutzen, hier vor den Abgeordneten konkret Stellung zu beziehen, auch zu den inhaltlichen Dingen, die heute hier diskutiert werden.

(Beifall bei der Linksfraktion, der SPD und den GRÜNEN)

Das sind Sie auch den vielen jungen Menschen und Sozialarbeitern vor dem Sächsischen Landtag schuldig, die hier eindrucksvoll ihre Meinung kundgetan haben.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie diese Haltung nicht korrigieren, dann bin ich mir sicher - und auch die Mitglieder meiner Fraktion werden mich in dieser Ansicht unterstützen -, dass Sie auf dem besten Wege sind, im Freistaat Sachsen sowohl die gesellschaftliche Solidarität als auch die in der BRD seit über einem Jahrhundert manifestierte enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Freier Wohlfahrtspflege aufzukündigen. Und dies, obwohl Sie verfassungsrechtlich nach Artikel 20 und 28 den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Demokratie und

Sozialstaat festgeschrieben haben, damit den Wohlfahrtsverbänden verfassungsrechtlich garantiert wird, dass soziale Leistungen keine milde Gabe von Staat und Wirtschaft an hilfebedürftige Menschen, sondern bürgerschaftlich gestaltete Lebensstandardisierungen sind und das bürgerschaftliche Engagement fördern. Das haben Sie besonders in den letzten Jahren immer hochgehalten. Dazu sollten Sie sich äußern.

Herr Schreiber, vielen Dank für Ihre Hilfestellung zur Haushaltssperre.

(Heiterkeit der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Lassen Sie mich aber sagen - und Sie wissen das sehr wohl -: Die Krise, in der wir uns befinden, haben nicht die sozial Schwachen verursacht, nicht die Verbände der Freien Wohlfahrt

(Beifall bei der Linksfraktion, der SPD und den GRÜNEN)

und auch nicht alle anderen im Bereich der sozialen Arbeit. Sie sollen jedoch erneut bluten, weil das Soziale bei Ihnen offenbar doch nicht die notwendige Priorität genießt. Sie wissen sehr genau: Zur Durchführung aller Aufgaben sind die Dienste und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege auf öffentliche Finanztransfers angewiesen, welche durch die Träger ohnehin durch Eigenmittel ergänzt werden. Es ist doch gar keine Frage und ein alter Grundsatz in der Freien Wohlfahrt: Die öffentlichen Mittel werden nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit eingesetzt. Sie unterliegen sowohl der internen als auch der externen Prüfung durch die Sozialleistungsträger. Es gibt Qualitätssicherungsmaßnahmen als wichtige Voraussetzung für die notwendige Vertrauensbasis zwischen Leistungsträgern und Leistungserbringern.

Meine Damen und Herren! Es geht hierbei keineswegs darum, an lieb gewonnenen Gewohnheiten festzuhalten. Es geht aber um die Menschen, die voll oder teilweise auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen sind, weil sie behindert, pflegebedürftig, arbeitslos, obdachlos, Asyl suchend, sozial ausgegrenzt oder diskriminiert sind. Es geht um Menschen, die in unserer Gesellschaft nur unzureichende Möglichkeiten haben, ihre Vorstellungen zur Lösung der sie bedrängenden Nöte und Probleme in das Handeln der Gemeinschaft einzubringen. Sie werden oftmals nur wenig wahrgenommen oder gar übersehen.

Ihre im Kabinett getroffene und heute bereits heftig kritisierte Entscheidung zur Kürzung im Sozialhaushalt kommt einem sozialen Kahlschlag gleich. Sie wird dazu führen, dass die Interessen der auf Unterstützung angewiesenen Menschen nur eine unzureichende Vertretung erfahren. Sie sorgen dafür, dass die Freie Wohlfahrt künftig diesen Menschen nicht mehr im erforderlichen Umfang helfen kann.

Allein im Vogtlandkreis werden beispielsweise im Bereich der Suchthilfe circa 800 Menschen betreut. Greifen die Kürzungen, können circa 100 Leute nicht mehr betreut werden. Die Folge ist nicht die Einsparung im Haushalt, sondern eine ganz andere wirtschaftliche Belastung. Sie müssen in die staatliche stationäre Unterbringung zurückgeführt werden. Dazu müssen Sie wissen, dass eine stationäre Unterbringung circa 92.000 Euro kostet.

Das multiplizieren Sie einmal mit 100. Wir sollten darüber schon gemeinsam reden.

(Beifall bei der Linksfraktion, der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich verschließen wir uns nicht der Realität. Es ist einfach arrogant und unverschämt, wie Sie hier mit der Opposition umgehen, sie solle Zahlen einbringen und dergleichen mehr. Sie sind doch genau diejenigen, die uns die Zahlen vorenthalten. Sie stellen uns vor vollendete Tatsachen, und wir sollen mit unserem Antrag nichts weiter, als mit Ihnen gemeinsam über Lösungswege zu diskutieren.

(Beifall bei der Linksfraktion, der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich Folgendes sagen: Sozialpolitik - das hatte ich erwähnt - ist keine isolierte Sonderpolitik, sie ist vielmehr integraler Bestandteil einer allgemeinen Gesellschaftspolitik. Die Stellung des Sozialen kann also nicht unabhängig von den wirtschaftlichen und ökonomischen Zusammenhängen definiert werden. Erfolgreiche Sozialpolitik ist aber auf eine Wirtschaftspolitik angewiesen, die Ökonomie, Soziales und Ökologie immer im Zusammenhang sieht. Insoweit gilt es für die Wohlfahrtspflege klarzustellen, dass es bei der Erneuerung bzw. Sicherung der sozialen Hilfesysteme auch um eine für die Wirtschaft wichtige Voraussetzung geht. Der Fachkräftemangel, meine Damen und Herren, ist ein beredtes Beispiel dafür. Es handelt sich hier um einen Prozess, der sachlich geführt und kommuniziert werden muss. Vollendete Tatsachen, wie jetzt vorgeführt, schaffen Unmut, Unsicherheit und bedrohen den sozialen Frieden.

Meine Damen und Herren! Unser soziales Gemeinwesen braucht das freiwillige soziale Engagement möglichst vieler Bürger. Es gilt der Grundsatz der Subsidiarität, der aktuell im Sozialgesetzbuch nach wie vor verankert ist. Dabei meint Subsidiarität nicht etwa den Rückzug aus der staatlichen Verantwortung. Sie meint vielmehr lediglich die praktische Erbringung staatlicher Aufgaben durch die Tätigkeit freier gesellschaftlicher Kräfte, die zur Bearbeitung der anstehenden Aufgaben geeignet erscheinen.

Der Subsidiaritätsgedanke wird zum Beispiel deutlich durch die Arbeit der Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftshilfe, Krankenhilfe, ehrenamtliche Hilfe, Engagement in Kirchengemeinden und säkularen Vereinigungen und hier mit Leben erfüllt. Er ist in der Freien Wohlfahrtspflege elementar, meine Damen und Herren, und wir sind dabei, dies alles aufs Spiel zu setzen.

Der Aufbau der Freien Wohlfahrt ist nicht abgeschlossen. Zugegeben, er muss kritisch hinterfragt werden. Die Reform der Hilfesysteme und deren Angebote sozialer Einrichtungen und sozialer Dienste verlangt nach mehr Transparenz und Bürgernähe, fordert mehr Beteiligungsrechte und die konsequente Ausrichtung auf die Förderung von Eigeninitiative und Selbsthilfe. Es geht letztlich um die Ermächtigung der Einzelnen, ihr Leben selbst zu meistern.

Die Freie Wohlfahrtspflege fordert die Beteiligung und Mitgestaltung einer solchen Reform der sozialen Arbeit. Akzeptanz und Ansehen der Freien Wohlfahrtspflege korrespondieren hier mit der Bereitschaft, die eigenen Leitbilder sozialer Arbeit bekannt zu geben, und die Bereitschaft, sich selbst und ihre Arbeit im öffentlichen Diskurs daran messen zu lassen. Na klar, meine Damen und Herren, soziale Arbeit darf den Fragen nach dem erforderlichen Aufwand, dem Effekt und den Kosten sozialer Arbeit nicht ausweichen. Die Instrumente sozialer Arbeit müssen in ihrem Verhältnis zu den erzielten Wirkungen permanent überprüft werden. Das mag hin und wieder zu wenig geschehen, aber - das muss ich ebenfalls sagen - es geht auch nur mit den erforderlichen Ressourcen. Es rechtfertigt also nicht, einfach die Axt anzuwenden, und dies noch am Landtag, an der Opposition vorbei.

Ich kann deshalb nicht akzeptieren, dass solche einschneidenden Maßnahmen ohne Beratung im Parlament erfolgen. Hier verstehe ich unter Parlament nicht nur die Damen und Herren der Koalitionsfraktionen. Im Übrigen, dichten Sie nicht etwas in den Antrag hinein, was da nicht drinsteht! Der vorliegende Antrag fordert Sie auf, sich die daraus resultierenden Konsequenzen vor Augen zu führen und ihre Entscheidung, die Sie hier getroffen haben, noch einmal zu überdenken. Wir arbeiten mit, daran soll es nicht liegen.
Vielen Dank.

(Beifall bei der Linksfraktion, der SPD und den GRÜNEN)